Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Anzeigenpreis: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 85 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur rechtzeitig von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 1

Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 RM (inklusive Bringerlohn), durch die Post 2,50 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m.b.H., Dresden-A. Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 2, Fernruf 17 200. Postscheckkonto: Dresden 18 600. Sprechstunden: Montags 16—18 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17—18 Uhr betriebs- und arbeitsrechtl. Fragen, Freitags 7—19 Uhr juristische Sprechstunde.

7. Jahrgang | Dresden, Montag den 4. Mai 1931 | Nummer 79

3-Mann-Kollegium zur Volksausplünderung

Brot wieder teurer in Berlin / Schieles Zollbukett

Berlin, 4. Mai. (Eig. Drahtm.)

Im Reichskabinett hat sich ein Dreimännerkollegium, bestehend aus dem Reichskanzler, dem Finanz- und Arbeitsminister gebildet, das die Aufgabe hat, neue Belastungen für die Werktätigen durchzuführen, um das voraussichtliche Defizit von 1½ Milliarde Mark zu decken. Vorgesehen ist die Erhöhung der Beiträge der Arbeitslosenversicherung und besondere Abbaumaßnahmen gegen Heimarbeiter und Ehefrauen. Ferner sollen die Fehlbeträge der kapitalistischen Mißwirtschaft durch Zölle bei der Einfuhr von ausländischem Gefrierfleisch herausgewirtschaftet werden.

Diese Maßnahme des Reichskabinett zeigt, daß der Bittgang der Sozialdemokraten zu Brüning der der Verschleierung der vollen Mitschuld der SPD am Zollwucher und der Massenausplünderung dienen sollte, das Ergebnis hat, das wir voraussagten:

Der Abbau der Sozialversicherung wird durchgeführt

Nach den Ausführungen Stegerwalds wird eben — „gehalten werden, was gehalten werden kann". Die Kosten tragen die Werktätigen.

Gestern haben sich die **Berliner Brotfabriken eine neue Provokation** ohnegleichen geleistet. Nachdem vor einer Woche erst der Brotpreis erhöht wurde, nahmen die **Brotbäckereien jetzt eine neue Erhöhung vor, die ab heute in Kraft tritt!** Die Brotpreiserhöhung erfolgt in Verfolg der ganzen Zollraubpolitik und es ist als sehr wahrscheinlich anzusehen, daß die **Brotfabriken im Reiche und insbesondere in Dresden** auch ihrerseits mit neuen Brotpreissteigerungen nicht zurückschrecken werden!

Die Pläne und Maßnahmen des „Dreimännerkollegiums" gegen die Volksmassen gebieten ohne Verzug das Gelöbnis des Kampfmarsches zu verwirklichen, **den Kampf gegen die Brüning-Schieck-Severing-Franzen-Diktatur, die Aktion für Brot, Arbeit und Freiheit** zu verbreitern und zu verstärken!

*

Wie die Vossische Zeitung von gestern meldet, wird durch die Zollverordnung u. a. auch der Kakao betroffen. Bisher kostete Rohkakao 35 Mark Zoll, jetzt bleibt dieser Satz nur für ungeschälten Kakao, während der Zoll für geschälten **um rund 43 Prozent auf 50 Mark erhöht!**

Von den bereits gemeldeten Zollerhöhungen wird der Zoll für Schmalz von 6 auf 10 RM (pro 100 Kilogramm) gesteigert, der Schweinezoll von 15 auf 40 RM, der Gänsezoll beträgt 2,10 RM pro Stück oder 36 RM pro 100 Kilogramm; der Zoll für Speiseerbsen, der im September v. J. von 4 auf 15 RM erhöht wurde, wird jetzt weiter auf 20 RM pro 100 Kilogramm erhöht. Der Zoll für Speisebohnen, die fast durchweg eingeführt werden müssen, wird von 2,65 auf 8 RM, der Zoll für Linsen von 4 auf 5 RM (ungereinigte) und 8 RM (gereinigte), für Hafer von 120 auf **150 RM pro Tonne gesteigert!**

Brüningo, Absetzung des Artikels 48, gegen die Notverordnung und gegen Panzerkreuzerbau gesprochen. Zur Befreiung der Frau verlangten sie Beseitigung der Paragraphen 218 und 19. Im Reichstag sitzend **zeugen ihre Taten vom Gegenteil.** Sie stimmten für **Brüning, für Notverordnung, für Panzerkreuzerbau und gegen Aufhebung der Paragraphen 218 und 19.** Der Kampf der Frau Dr. Kienle und Dr. Wolf zeigen es ganz klar. Die SPD war gegen die Haftentlassung dieser beiden.

Sozialdemokratische Genossinnen, wollt ihr wirklich frei werden, dann folgt meinem Beispiel und verlaßt diese Panzerkreuzer-Partei, tretet ein in nie wirklich revolutionäre Partei, die Kommunistische Partei!

Gezeichnet Frau Lina, verw. Frenzel.
Zwickau, Talstraße 26

Wahlsieg der KPD in Lippe

Stimmenzuwachs um 53 Prozent gegen 1930 auf Kosten der SPD

Bückeburg, 4. Mai. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern fanden im Freistaat Schaumburg-Lippe die Landtagswahlen statt. Wie TU meldet, ergab sich folgendes Resultat: **Kommunisten 1854 (Reichstag: 1193, Landtag 1928: 928); SPD:** 12 980 (Reichstag: 13 871, Landtag 1928: 12 266); Nazis: 7818 (Reichstag: 5256, Landtag 1928: 2803); Deutschnationale: 2942 (Reichstag: 2598, Landtag 1928: mit Landbund 4141); Deutsche Volkspartei: 1607 (Reichstag: 1872, Landtag 1928: 2134); Staatspartei: 1442 (Reichstag: 1906, Landtag 1928: Demokraten 1971); Landbund: 390 (—, —).

*

Von 32 000 Wahlberechtigten haben sich 29 073 an der Wahl beteiligt. Das Resultat zeigt ein starkes Anwachsen der Kommunistischen Partei, die auf Kosten der SPD im Vergleich zu den Reichstagswahlen an Stimmen (um 55 Prozent!) zunahm und im Vergleich zu den Landtagswahlen 1928 ihr Stimmenzahl um 100 Prozent steigerte.

Wo bleibt die zweite Frau?

SPD-Frauenleiterin geht zur KPD

Arbeiterfrau in Zwickau tritt nach 11 Jahren SPD jetzt in die KPD ein

Genossin Wollweber war im Vorjahr Frauenleiterin der SPD im Chemnitzer Bezirk und vorher mehrere Jahre in Zwickau tätig. Ihr Schritt ist um so bedeutungsvoller, als Genossin Wollweber sich jahrelang mit den „Linken" in der SPD eng verbunden fühlte und das politische Wesen der „linken" Führer aus nächster Nähe beobachten konnte. In ihrer Erklärung heißt es:

Die tiefste Erschütterung gab mir die vollständige Preisgabe der Klasseninteressen des Proletariats: Der offene Verrat, dem Wehretat von 750 Millionen zuzustimmen, den Panzerkreuzer von 60 Millionen zu bewilligen, den man 1928 als Wahlparole gebrauchte: „Panzerkreuzer oder Kinderspeisung?"

Der Klassenkampf gegen die Ausbeuter, gegen das kapitalistische System, gegen die bürgerliche Regierung hat aufgehört. Die Sozialdemokratie gibt vor, gegen den Faschismus zu kämpfen, indem sie die Brüning-Regierung toleriert, um „die Demokratie zu erhalten".

Aber die Tolerierung der Brüning-Regierung, deren im Wesen faschistischen Charakter die Führer der linksgestimmten sozialdemokratischen Arbeiter selbst feststellen, entreißt der Arbeiterschaft eine Errungenschaft nach der anderen, während die sozialdemokratischen Führer alles tun, um den Widerstand der Arbeiter gegen das Diktaturregime der Brüning-Regierung zu lähmen und zu ersticken.

Und die sozialdemokratischen Führer sind es vielfach, welche die neueste Diktaturverordnung anwenden, obwohl sie die Arbeiterschaft knebelt und ihr Rechte nimmt, um die die sozialdemokratischen Arbeiter jahrzehntelang gekämpft haben.

Die sozialdemokratischen Führer entschuldigen mit der Weltkrise ihre Politik, obwohl gerade diese Weltkrise des Kapitalismus beweist, daß es auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft keinen Ausweg für die arbeitenden Massen gibt, daß nur der von den sozialdemokratischen Führern verleugnete revolutionäre Marxismus den Weg ins Freie weist.

Die Hoffnungen der sozialdemokratischen Arbeiter auf den Parteitag und eine Wendung der sozialdemokratischen Politik können sich nicht erfüllen.

Schon ist man am Werke, hinter der Disziplinfrage die grundsätzliche Auseinandersetzung über das Wesen der Brüning-Regierung und der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik verschwinden zu lassen.

Die Genossen in Stadt und Land, die hoffnungsvoll auf den Parteitag sehen, werden erfahren, daß der Kurs der gleiche bleibt, aber der Abstieg ein immer tieferer wird.

Verrat an der Arbeiterschaft wäre es, wenn ich meine Ueberzeugung nicht kund gäbe und die Konsequenz des Austrittes nicht zöge. Ich habe jahrelang in der Sozialdemokratie den Interessen der Arbeiterschaft zu dienen versucht, und gehe heute aus tiefster Ueberzeugung zur Kommunistischen Partei, da sie die Partei ist, die allein die Interessen des Proletariats zu wahren vermag und entschlossen für das Ziel einer neuen Gesellschaft, für den Sozialismus kämpft, wie er in der Sowjetunion verwirklicht ist und wird.

Gerti Wollweber.

*

Nach 11jähriger Mitgliedschaft bei der SPD habe ich meinen Eintritt in die Kommunistische Partei erklärt.

Begründung: Die sozialdemokratischen Führer haben vor der Reichstagswahl in ihren Wahlreden für den Sturz

Plakat in einer roten Maidemonstration

KPD-Blatt Bayerns auf 1 Monat verboten!

München, 2. Mai. (Eig. Drahtmeldung.)

Die kommunistische „Neue Zeitung" und ihre nordbayrische Ausgabe sind auf Beschluß der Polizeidirektion München wegen angeblicher Aufforderung zum Ungehorsam gegen behördliche Anordnungen und zum Hochverrat auf Grund der Notverordnung bis 31. Mai verboten worden. Bekanntlich war in München wie in allen Städten Südbayerns die kommunistische Maidemonstration untersagt. Die „Aufforderung zum Ungehorsam" scheint die Münchner Polizeidirektion in dem Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei sehen zu wollen.

Zusammenstöße in Löbau

Wie aus Löbau gemeldet wird, versuchte in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag eine Horde Nationalsozialisten einen Ueberfall auf Arbeiter. Vom Gut Kleindehsa, dem Sitz des Standartenführers der Standarte 3, v. Tschammer-Osten, machten die Banden Vorstöße in die Umgebung, gerieten dabei jedoch zwischen zwei Arbeitergruppen, die die schwer bewaffneten Nazis vor sich hertrieben. Da diese sich außerdem noch in den von ihnen selbst bei der militärischen Uebung gezogenen Stacheldraht verwickelten, wurde ihren eine schwere Abreibung zuteil.

Metaller bereiten Gegenangriff vor!

Vorbereitende Kampfausschüsse und Delegierte zur Konferenz am 17. Mai in Chemnitz

Gestern tagten in den sächsischen Unterbezirken die Delegierten der Kampfausschüsse und Betriebsvertreter der Metallindustrie, um gegen den Lohnraubvorstoß der Industriellen Stellung zu nehmen. Für den UB Dresden waren aus den wichtigsten Großbetrieben in Dresden, Freital, Radeberg und Riesa die Vertreter der RGO erschienen.

Die Diskussion war überaus fruchtbar und brachte zum Ausdruck, daß alle Voraussetzungen für einen erfolgreichen Kampf gegen den Lohnraub vorhanden sind. Dabei wurde ungeschminkt auch zu den Mängeln in der Durchführung der Arbeiten Stellung genommen und von allen Diskussionsrednern betont:

Das Hauptgewicht ist auf die organisatorische Vorbereitung des Streiks durch Wahl vorbereitender Kampfausschüsse, durch Ausbau der RGO-Gruppen in den Betrieben und die Mobilisierung der Belegschaften gegen den Lohnraub zu legen.

Die 14 Tage bis zum 17. Mai sollen im Zeichen des **RGO-Angriffes in den Metallbetrieben** stehen mit dem Ziel: Wahl von vorbereitenden Kampfausschüssen und **Delegierten für die Chemnitzer Konferenz** der RGO-Industriegruppe Metall am 17. Mai.

Die letzte Lohnbewegung zeigte allen Metallarbeitern, daß **die Reformisten im DMV** und ihre Agenten in den Betrieben **die willfährigsten Lakaien der Lohnräuber sind.** Nur die RGO wird an der Spitze der Metallarbeiter, Seite an Seite mit den Nordwestproleten und den Bergarbeitern **den Streik** gegen den **infamen Vorstoß der Ausbeuter organisieren.**